

03.09.2007 / Inland / Seite 8

»So wird Sonderparteitag ein friedenspolitisches Eigentor«

Grüne Friedensinitiative stellt Alternativantrag. Abzug der Soldaten aus Afghanistan bis Mitte 2008 gefordert. Ein Gespräch mit Uli Cremer

Markus Bernhardt

Uli Cremer ist Sprecher der Grünen Friedensinitiative, gruene-friedensinitiative.de

Im Vorfeld des Sonderparteitages Ihrer Partei, der am 15. September in Göttingen stattfindet, haben Sie Kritik am Antrag des Bundesvorstandes bezüglich des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr geübt. Was genau mißfällt Ihnen?

Der Pro-Militär-Kurs mißfällt. Seit 2006 treten die Grünen zwar gegen die »Operation Enduring Freedom« (OEF) in Afghanistan auf. Aber nicht nur der OEF-, auch der ISAF-Einsatz ist ein Kriegseinsatz. Das wird vom Bundesvorstand nach wie vor ignoriert. Statt dessen versucht er, den ISAF-Einsatz aufzuteilen: Der Bundeswehreininsatz im Norden sei gut und der anderer NATO-Truppen im Süden sei schlecht. Es wird ignoriert, daß sich Deutschland am ISAF-Einsatz insgesamt beteiligt und ihn insgesamt mitverantworten hat.

Die grüne Bundestagsabgeordnete Kerstin Müller geht in der zeitlichen Dimension von weiteren zehn bis 20 Jahren aus. Wer diesen Kurs stoppen will, muß den umgehenden Abzug der NATO-Truppen einfordern. Unser Alternativantrag fordert hingegen einen Abzugstermin im ersten Halbjahr 2008.

Was halten Sie von der Idee, daß sich die Abgeordneten bei der Abstimmung enthalten sollen?

Der Bundesvorstand ignoriert die gesellschaftliche Realität: Im Herbst wird im Bundestag über ein ISAF-Gesamtmandat abgestimmt. Diese Zusammenfassung der Mandate durch die Bundesregierung ist eigentlich eine Chance, Realismus und Ehrlichkeit in die Diskussion zu bringen. Entweder positioniert man sich für den ISAF-Militäreinsatz einschließlich der daran beteiligten »Tornado«-Flugzeuge, oder man lehnt wie die Grüne Friedensinitiative den Einsatz ab. Aber viele bei den Grünen wollen mit der Rosinenpickerei einfach nicht aufhören. In Göttingen wollen sie publikumswirksam die ISAF-Tornados ablehnen und sich gleichzeitig zu ISAF-Militäreinsatz am Boden zu bekennen. Das ist keine realitätstaugliche Position.

Hochrangige Grünen-Politiker haben sich für die Verlängerung des Bundeswehreininsatzes ausgesprochen. Wird sich die Parteispitze mit ihrer kriegerischer Politik durchsetzen?

Die Möglichkeit besteht durchaus. So wird der Sonderparteitag ein friedenspolitisches Eigentor, denn diesen gibt es nur, weil viele grüne Kreisverbände sich über die ISAF-»Tornado«-Zustimmung der eigenen Abgeordneten aufgeregt haben. Richtig ist aber, daß die gesellschaftliche Konfliktlinie heute keine isolierte ISAF-Light-Entscheidung erlaubt. Entweder ISAF mit »Tornados« oder Abzug. Ich werde mich in Göttingen dafür einsetzen, daß die Abgeordneten aufgefordert werden, im Bundestag gegen ISAF zu stimmen. Eine Enthaltung wäre mir zu wenig.

Ihre Partei hat spätestens seit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen das ehemalige Jugoslawien 1999 Blut an den Händen. Was hält Sie in einer derartigen Partei?

Eine Partei ist keine Glaubensgemeinschaft, sondern Mitgliedschaften entscheidet man pragmatisch. Ich bin überzeugt, daß ich als grünes Mitglied nach wie vor etwas bewegen kann. Sie sollten sich freuen, daß es in allen Parteien Menschen gibt, die gegen den Afghanistan-Krieg eintreten.

Sie glauben aber nicht ernsthaft, daß es Ihnen gelingen könnte, den Kriegskurs Ihrer Partei zu stoppen?

Ob Deutschland aus dem Afghanistan-Krieg aussteigt, wird sich wohl kaum am 15. September in Göttingen entscheiden. Wichtig ist, daß die Friedensbewegung in Berlin am gleichen Tag demonstriert. Die grüne Friedensinitiative ruft deswegen zur Demo auf.

Die breite Mehrheit der Bevölkerung hat sich gegen den Einsatz der deutschen Truppen in Afghanistan ausgesprochen. Die Bundesregierung scheint das nicht zu beeindrucken ...

Solange die Mehrheit nur diese Meinung hat, aber sich nicht gegen den Krieg engagiert, ist es leicht für Regierung und Parlament, die Mehrheiten in der Bevölkerung zu ignorieren. Die Menschen müssen einfach mehr machen, als bei einer Meinungsumfrage ihr Nein zu Protokoll zu geben. Zum Beispiel am 15. September in Berlin demonstrieren.

afghanistandemo.de